

Gute Arbeit durchsetzen

Auf ihrer diesjährigen Tagung verabschiedeten die Callcenter-Betriebsräte eine Resolution zu den schwierigen Arbeitsbedingungen der Branche

TBS-Netz und ver.di hatten zu einer Tagung eingeladen und knapp 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen. Im Plenum als auch in Workshops wurden Themen wie Mindestlohn und Tarifvertrag, aktuelles Datenschutzrecht und spezieller Beschäftigtendatenschutz in Callcentern, Regelungen gegen Leistungs- und Verhaltenskontrolle und die Möglichkeiten des staatlichen Arbeitsschutzes behandelt.

Wichtige Themen in den Workshops

Dazu wurden Themen wie Betriebliches Gesundheitsmanagement, Berufsausbildung in Callcentern, Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit, speziell Callcenter, Arbeitszeitflexibilisierung und Personaleinsatzplanung behandelt.

Fachkundige Referentinnen und Referenten berichteten und diskutierten zu Themen wie „10-jährige Erfahrung mit dem betrieblichen Eingliederungsmanagement BEM“ und zur Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema psychische Belastungen im Callcenter, dazu gab es Tipps und Hinweise zu den Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte und das Aufzeigen der politischen Handlungsebene.

Podiumsdiskussion mit Politikern

Abgerundet wurde die Tagung mit einer Podiumsdiskussion zu aktuellen Themen in Callcentern mit Vertreter/innen der im Bundestag vertretenen Parteien. Daran nahmen Teil: Beate

Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen), Ralf Kapschak (SPD) und Niema Movassat (Die Linke). Die Moderation lag bei Klaus Hess vom TBS-Netz.

Abschlussklärung aus der Tagung heraus

Zum Abschluss verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Resolution zu den aktuellen Problemen der Branche aus Beschäftigtensicht. Sie kamen zu dem Schluss, dass sich noch vieles ändern muss, damit hier Arbeitsplätze mit sozialverträglichen Arbeitsbedingungen entstehen. Arbeitshetze, Leistungsdruck, übermäßige Kontrolle, Missachtung von Grundregeln des Arbeitsschutzes und schlechte Bezahlung sind noch viel zu oft anzutreffen. Arbeitgeber und Politik werden aufgefordert, im Sinne einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen aktiv zu werden. (Auszüge siehe rechts)

Abschließend noch ein paar Statements von Teilnehmer/innen:

„Eine gute Tagung mit vielen wichtigen Themen“, so Doris aus Halle. „Viele neue Kontakte zu anderen Betriebsräten geknüpft“, urteilte David aus Bremen. „Sehr informativ, aber leider viel zu kurz“, meinte Leo aus Dortmund. „Viel Neues für meine tägliche Arbeit erfahren“, sagte Ute aus Wilhelmshaven und „Die Gespräche am Rande und der Erfahrungsaustausch waren wichtig für mich“, urteilte Marlies aus Frankfurt (Oder). ■

Ulrich Beiderwieden

RESOLUTION

■ Arbeitsbedingungen in Call- und Service-Centern verbessern!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung erwarten, dass

- das drängende Problem der zunehmenden psychischen Belastungen und ihre teilweise dramatischen gesundheitlichen Folgen endlich angegangen wird, Gefährdungsanalysen – wie gesetzlich vorgeschrieben – auch diesen Komplex einschließen und konkrete Maßnahmen zum Gesundheitsschutz unverzüglich umgesetzt werden.
- auskömmliche Löhne bezahlt werden, die nicht auf dem Niveau des Mindestlohns verharren. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, endlich einen tariffähigen Verband zu gründen;
- Zeit- und Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt, Ausnahmeregelungen zurückgeschraubt und rechtliche Schlupflöcher gestopft werden;
- die generelle Ausnahme für Callcenter vom Verbot der Sonntagsarbeit, die in den Bedarfsgewerbeordnungen vieler Bundesländer festgelegt ist, unverzüglich zurückgenommen wird;
- Beschäftigte und Interessenvertretungen sich, unmittelbar und ohne Sanktionen befürchten zu müssen, an staatliche Aufsichtsbehörden wie Arbeitsschutzinstitutionen und Landesdatenschutzbeauftragte wenden können;
- verhindert wird, dass durch die derzeit diskutierten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA Arbeitnehmerrechte z.B. bei Arbeitsschutz und beim Arbeitnehmerdatenschutz ausgehebelt werden.

(Auszüge)

Foto: ver.di

